

## **Antrag**

**der Abgeordneten Klaus Riegert, Sibylle Pfeiffer, Dr. Christian Ruck, Peter Altmaier, Hartwig Fischer (Göttingen), Helmut Heiderich, Anette Hübinger, Jürgen Klimke, Stefan Müller (Erlangen), Johannes Selle, Sabine Weiss (Wesel I), Dagmar G. Wöhrl, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Helga Daub, Joachim Günther (Plauen), Harald Leibrecht, Dr. Christiane Ratjen-Damerau, Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP**

### **Weltwärts wird Gemeinschaftswerk**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die umfassende Evaluierung des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ kommt insgesamt zu sehr positiven Ergebnissen. Die Gutachterinnen und Gutachter attestieren dem 2007 eingerichteten Programm Relevanz, Effizienz und eine weitgehende Effektivität im Hinblick auf die Erreichung der Ziele, insbesondere auf der Ebene der Freiwilligen. Das Programm entspricht dem Bedarf der „weltwärts“-Freiwilligen an einem Freiwilligendienst, der international ausgerichtet ist und in Entwicklungsländern absolviert werden kann.

Die Evaluierung empfiehlt die Fortsetzung des Programms und eine weitere Schärfung des Profils als entwicklungspolitischer Freiwilligendienst, beispielsweise im Hinblick auf die Stärkung der Arbeit mit Rückkehrern, der fachlich-pädagogischen Begleitung der Freiwilligen sowie gezielte Maßnahmen zur Einbeziehung bisher kaum erreichter Zielgruppen wie junge Menschen mit Haupt- oder Realschulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird „weltwärts“ weiterführen und weiterentwickeln. Die Aufarbeitung der Ergebnisse und Empfehlungen der Evaluierung erfolgt gegenwärtig durch Arbeitsgruppen, an denen die Trägerorganisationen, das BMZ und die Servicestelle ENGAGEMENT GLOBAL beteiligt sind. Insbesondere stehen das Schärfen des entwicklungspolitischen Profils, die Sicherung von Qualität und Wirkung, die Vereinfachung bei Verfahren und Instrumenten sowie die Novellierung von Mandaten und Verantwortlichkeiten im Mittelpunkt. Dabei geht es auch darum, den Subsidiaritätsgedanken im Bereich des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes weiter zu stärken.

Der Deutsche Bundestag begrüßt das koordinierte Vorgehen, mit dem das Bundesministerium gemeinsam mit den über 200 zivilgesellschaftlichen Trägern – einschließlich der Kirchen – die Entwicklung des Gemeinschaftswerks „weltwärts“ angeht und so einen wichtigen Beitrag für die gesellschaftliche Verankerung von Entwicklungspolitik leistet.

- II. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung,
1. das Profil des „weltwärts“-Förderprogramms gemeinsam mit den Akteuren der Zivilgesellschaft durch eine Fokussierung auf die entwicklungspolitische Komponente in allen Programmbereichen – Auswahl von Entsendeorganisationen, Anerkennung von Einsatzplätzen, Auswahl von „weltwärts“-Freiwilligen, fachlich-pädagogische Begleitung, Rückkehrarbeit in der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit – zu schärfen;
  2. sich auf gemeinsame Qualitätskriterien zu verständigen sowie das Programm dementsprechend zu steuern und Maßnahmen zur weiteren Vereinfachung der Verwaltungsverfahren zu ergreifen und somit die Qualität in der Programmumsetzung sicherzustellen;
  3. die Durchführungsverantwortung der Zivilgesellschaft zu stärken sowie mittelfristig die entwicklungspolitische Begründung von Einsatzplätzen weiter zu verbessern und das Genehmigungsverfahren durch stärkere Qualitätsverantwortung für die Entsendeorganisationen zu verschlanken;
  4. die Einbindung bisher kaum erreichter Zielgruppen – junge Menschen ohne Abitur oder Hochschulabschluss aber mit beruflicher Qualifikation – in den Freiwilligendienst gemeinsam mit den Entsendeorganisationen gezielt zu fördern sowie neue Zielgruppen, insbesondere aus wirtschaftsnahen Bereichen, zu erschließen;
  5. die Nachbereitung der Rückkehrer stärker auf die Bedürfnisse der „weltwärts“-Freiwilligen auszurichten, indem „weltwärts“-Rückkehrerinnen und Rückkehrer über Engagementmöglichkeiten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit besser informiert und hierfür qualifiziert werden;
  6. die Abstimmung der für die geregelten Freiwilligendienste zuständigen Bundesressorts zu verbessern, um sicherzustellen, dass die Entsendeziele optimal erreicht werden können.

Berlin, den 20. März 2012

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion**  
**Rainer Brüderle und Fraktion**